

Reinheim

Reinheim beschließt Etat mit drei Millionen Euro Defizit



© *Archivfoto: Melanie Schweinfurth*

Die Haushaltslage bleibt 2025 angespannt. Stadtverordnete monieren die mangelnde Unterstützung von Bund und Land. Warum die SPD/CDU-Koalition alle Anträge der Opposition ablehnt.

Reinheim. Die Reinheimer Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer jüngsten Sitzung den Haushaltsplan für das nächste Jahr beschlossen. Mit einem Defizit von rund drei Millionen Euro bleibt die Haushaltslage angespannt. Dennoch werden auch im nächsten Jahr rund drei Millionen Euro in die Infrastruktur investiert. Für den von Bürgermeister Manuel Feick (SPD) vorgelegten Etatplan stimmte die Koalition aus SPD und CDU, die eine Mehrheit im Parlament hat. Die Oppositionsfraktionen Grüne und Reinheimer Kreis hatten mehrere eigene Vorschläge eingebracht, darunter auch Klimaschutzprojekte, die die Koalition aus Kostengründen allesamt ablehnte.

Grundsteuer B wird gesenkt

„Die Lage in Reinheim verschlechtert sich von Jahr zu Jahr, ohne dass irgendwelche zusätzlichen freiwilligen Ausgaben beschlossen werden. Wir

können nur noch dem Gebot des Erforderlichen und nicht dem Gewünschten folgen, ohne die Bürger finanziell mehr zu belasten“, sagte CDU-Vizefraktionschef Leon Stuckert.

Trotz des Defizits wird die Grundsteuer B für Grundstücksbesitzer nicht erhöht, sie wird sogar gesenkt – auf 430 Prozent. Im Vorjahr lag der Hebesatz noch bei 525 Prozent. Damit folgten die Stadtverordneten den Vorschlägen des Landes Hessen. Die ab 2025 gültige Steuerreform verlangt, dass die von den Kommunen erhobenen Steuersätze aufkommensneutral zu sein haben. Die Grundsteuer A für landwirtschaftliche Betriebe hingegen wird in Reinheim im nächsten Jahr von 450 auf 480 Prozent erhöht. Die Gewerbesteuer bleibt unverändert bei 385 Prozent.

Für die freiwilligen Leistungen, die unter anderem Vereinsförderung, Sportstätten, Schwimmbad, Stadtjugendpflege, Kulturzentrum, Stadtbücherei und Wirtschaftsförderung zugutekommen, stellt die Stadt für 2025 rund drei Millionen Euro bereit.

„Die Finanzierung der Kommunen wird durch externe Einflüsse immer mehr verschlechtert“, kritisierte SPD-Fraktionsvorsitzende Vera Schmidt. „Die Pflichtaufgaben wachsen schneller, als die Gegenfinanzierung.“ Bund und Land müssten den Kommunen dringend wieder ausreichend Mittel zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben zur Verfügung stellen.

Klimaschutz und Wärmeplanung aus Kostengründen abgelehnt

Die Oppositionsfraktionen hatten mehrere Anträge gestellt. Die Grünen hatten unter anderem Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung gefordert sowie gemeinsam mit dem Reinheimer Kreis eine kommunale Wärmeplanung und eine Photovoltaikanlage auf dem Bürgerhaus Georgenhausen-Zeilhard. Der Reinheimer Kreis beantragte zudem die Erstellung einer Potenzialanalyse und einen strukturierten Projektplan zur zielgerichteten und zukunftsorientierten Entwicklung der Stadt Reinheim bis 2035.

„Wünschen kann man sich immer alles, wenn man nicht in der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung steht. Man muss den Menschen aber auch dazusagen, was sie diese Wünsche kosten werden, denn am Ende müssen die Bürger diese finanzieren, da die vorhandenen Einnahmen schon jetzt nicht mehr ausreichen“, begründete Felix Schäfer (SPD), Vorsitzender des Finanzausschusses, die Ablehnung aller Anträge der Opposition.

„Dass die Koalition aus Kostengründen einfach alles ablehnt, damit macht sie es sich sehr einfach“, kritisierte Arno Krieger, Fraktionsvorsitzender der DKP, die ihren

Antrag auf einen städtischen Beitrag zur Finanzierung einer Stelle für die Gemeindepflege nach Beratungen im Ausschuss zurückgezogen hatte.